

Julian Nida-Rümelin

Zur Ukraine-Krise

Die Ukraine befindet sich in einer anhaltenden Krise. Es handelt sich dabei nicht lediglich um eine Staats-Krise, sondern auch um eine Krise der Ökonomie, der Kultur und der Zivilgesellschaft. Diese Krise ist nicht erst mit den Protesten auf dem Maidan ausgebrochen. Ihre Ursachen reichen weiter zurück, bis zu den politischen und kulturellen Verwerfungen der Vorgeschichte der Nationenbildung im slawischen Raum. Wie so gut wie jeder Nationalstaat ist auch die Ukraine nicht aus dem Akt der Staatsgründung eines schon zuvor jahrhundertlang existierenden und von den Feudalherren unterdrückten Volkes hervorgegangen, wie es die nationalen Mythen jedenfalls östlich des Rheins besingen. Die Staatsnation entsteht im Regelfall als ein politisches und institutionelles Projekt unter mehr oder weniger günstigen bzw. ungünstigen kulturellen Bedingungen. Eine gemeinsame Erfahrung der Unterdrückung, eine empfundene äußere Bedrohung, gemeinsame Sprache und Ethnizität, vor allem aber eine als legitim empfundene Form der kollektiven Meinungsbildung sind für die Nationenwerdung und die Stabilisierung junger Nationalstaaten hilfreich. Mehrsprachigkeit, divergierende kulturelle Identitäten, differierende Bedrohungs- und Zugehörigkeitsgefühle, als illegitim empfundene Formen der kollektiven Meinungs- und Entscheidungsfindung sind hinderlich. Föderalismus als Staatsform ist unter diesen Bedingungen oft der einzige erfolgversprechende Weg der Nationenbildung. Aber nicht nur die Ukraine, sondern Osteuropa, das Verhältnis Russlands zur europäischen Union sowie die amerikanisch-russischen Beziehungen und in ihrem Gefolge die Weltpolitik (etwa im Nahen Osten) sind in einer Krise. In ihrer ursprünglichen Bedeutung ist Krise (griechisch *krísis*) Unterscheidung, Entscheidung, Urteil. Jedenfalls zwingen Krisen zu Entscheidungen. Gute Entscheidungen beruhen auf Urteilskraft.

I.

In diesen Tagen erheben weise, ältere Herren ihre Stimme und mahnen zur Vernunft. Auffällig ist, dass diese Ermahnungen und Reflexionen in eine ähnliche Richtung gehen, obwohl diese Herren sich sonst in vielen Fragen höchst uneins sind und ganz unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Lagern entstammen: Henry Kissinger gehört zu ihnen, Egon Bahr, Erhard Eppler, ja sogar Helmut Kohl, Horst Teltschik und Gerhard Schröder. Die Stimmen der Erfahrenen haben unterschiedliche Färbungen: Da sind die Realisten, also die, die davon überzeugt sind, dass Außenpolitik ausschließlich mit nationalen Interessen zu tun hat und jeder Überschwang in der Außenpolitik, jede

ideologische Überhöhung, jedes Beglückungs- und Befreiungsprogramm den Weltfrieden eher gefährdet, als ihn befördert. Zu diesen in der Wolle gefärbten Realisten zählen nicht nur Henry Kissinger, sondern auch Egon Bahr und Helmut Schmidt. Dann gibt es diejenigen, die dazu auffordern sich in die Situation der anderen Seite, in die Lage Russlands und die besondere Rolle Putins, hineinzusetzen (Erhard Eppler gehört zu diesen) und nicht Double Standards anzulegen, das heißt die russische Außenpolitik für Entscheidungen zu kritisieren, die in anderen Fällen geduldet wurden und die gelegentlich sogar die eigene Praxis des Westens bestimmten. Schröder wurde heftig dafür getadelt auf einen dieser double standards hingewiesen zu haben (sowohl die Abtrennung des Kosovo von Serbien, wie die der Krim von der Ukraine waren völkerrechtswidrig). Oder darf man sich darüber wundern, dass der damalige deutsche Außenminister Westerwelle Anfang Dezember des vergangenen Jahres als Redner im Protestlager der Maidanbewegung auftauchte, die schon mehrere Regierungsgebäude gewaltsam besetzt hatte? Double Standards: Man stelle sich den Russischen Außenminister mit aufputschenden Reden bei pro-russischen Besetzern von Regierungsgebäuden im Osten der Ukraine vor und die berechtigten Reaktionen des Westens darauf!

Den alten Weisen stehen die jungen Wilden gegenüber, die sich ebenfalls aus unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Lagern rekrutieren und die die Redaktionen der seriösen Zeitungen in Deutschland dominieren: Diese sind sich alle einig, dass die Annexion der Krim durch Russland ein Akt der Aggression sei, der vom Westen in der einen oder anderen Weise beantwortet werden müsse. Sie mokieren sich über die Schwächlichkeit der westlichen Reaktion in Gestalt von Sanktionen gegen Einzelpersonen der russischen Nomenklatura und der russischen Oligarchen und fordern eine kraftvolle und einheitliche Haltung des Westens unter Einschluss militärischer Optionen ein.

Irritierend schließlich die große Mehrheit der Bevölkerung, die der Aufgeregtheit westlicher Politik eine erstaunliche Gelassenheit entgegensetzt. Erst Umfragen der nächsten Zeit werden Klarheit über das Meinungsbild verschaffen, aber so viel lässt sich jetzt schon sagen: Die Bevölkerung ist skeptisch, sie hält die Politik der USA und der EU gegenüber Russland für nicht hinreichend durchdacht und gibt dem Westen zumindest einen gehörigen Anteil Mitschuld an der aktuellen Eskalation.

Wie ist diese Unübersichtlichkeit zu erklären? Handelt es sich hier wenigstens zum Teil schlicht um einen Generationenkonflikt? Zwischen denjenigen, die den Kalten Krieg noch in den Knochen haben und die die Ostverschiebung der NATO entgegen den Versprechungen, die Gorbatschow damals gegeben wurden und die auch noch die Nato-Russland-Gründungsakte von 1997 prägt, für eine Provokation Russlands halten und denjenigen, die

die Kriegsgefahr des Ost-West-Konflikts nur aus Geschichtsbüchern kennen? Ist es die nachwirkende Erfahrung der behutsamen Schritte der Entspannung seit Ende der 60er Jahre, denen wir am Ende nicht nur die deutsch-deutsche Vereinigung, sondern auch den Siegeszug der Demokratie in Mittel- und Osteuropa zu verdanken haben, der Ältere zurückhaltender urteilen lässt als Jüngere?

In diesen Tagen und Wochen wurde des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren gedacht. In klugen Artikeln und politische Stellungnahmen, zum Beispiel von Seiten des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz und des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier, wurde darauf hingewiesen, dass dieser Erste Weltkrieg in einer Situation hoher Prosperität und starker internationaler ökonomischer Verflechtungen ausbrach, dass er von niemandem wirklich beabsichtigt war und dass der Weg in den großen Krieg wechselseitigen Fehleinschätzungen, Bedrohungs- und speziell Einkreisungsängsten (damals Deutschlands), empfindlichem nationalen Ehrgefühl und einer Verkettung unglücklicher Umstände geschuldet war. Die europäischen Nationen sind in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert, ohne zu ahnen, was da auf sie zukommen würde. Das darf sich auf keinen Fall wiederholen.

II.

1795, sechs Jahre nach der Französischen Revolution, hat Immanuel Kant seine kleine Schrift „Zum ewigen Frieden“ publiziert. Inhalt dieser Schrift ist der Entwurf eines *foedus pacificum*, eines Weltfriedensvertrages zwischen Republiken. Die kühne und von Kant selbst im Vorwort ironisierte These lautet, dass zu erwarten ist, dass Republiken – oder sagen wir ruhig (auch wenn dies nicht genau der kantischen Begrifflichkeit entspricht): genuine Demokratien – unter günstigen Bedingungen auch ohne höhere, übernationale Sanktionsgewalt friedensfähig sind. Die Entmoralisierung der staatlich garantierten Rechtsordnung bei Kant scheint in der Tat fast zwangsläufig in die Sicherung des Weltfriedens durch eine globale Zwangsgewalt zu münden. Kant aber schreckt vor dieser Konsequenz aus guten Gründen zurück. Er fürchtet eine mögliche despotische Entartung eines Weltstaates und hält an der Idee nationaler Souveränität fest. Ein Friedensbund ohne überstaatliche Sanktionsgewalt aber kann den Weltfrieden nur sichern, wenn die Vertragstreue andere Gründe hat, als lediglich die Angst vor Sanktion. Die Kantische Idee des demokratischen Friedens setzt voraus, dass demokratische Staaten eine andere Form der Außenpolitik betreiben, als nicht-demokratische, ganz unabhängig von ihren jeweiligen nationalen Interessenlagen. Nichts erscheint unplausibler als das. Mutieren Demokratien als außenpolitische Akteure nicht zu reinen Agenturen nationaler Interessenvertretung wie die „Realisten“ der Internationalen Beziehungen nicht müde werden zu betonen? Muss nicht

jeder, der auf die normative Wirkung einer demokratischen Verfassung im Inneren auf die Außenpolitik eines jeweiligen Staates setzt, als hoffnungsloser Phantast gelten? Ja, so scheint es. Das Verwunderliche ist nur, dass die Theorie des demokratischen Friedens, die These, dass genuine demokratische Staaten gegeneinander keinen Krieg führen, sich über zweihundert Jahre nach Kants Friedensschrift als zutreffend herausgestellt hat. In den 80er Jahren untersucht Michael Doyle alle Kriege seitdem es Demokratien gibt und kommt zu dem überraschenden Ergebnis, dass Demokratien zwar Krieg führen, aber nie gegeneinander. Alle Versuche, diesen empirisch geprüften Sachverhalt so zu deuten, dass er dem Zynismus der Realisten wieder entspricht, können heute getrost als gescheitert gelten.

Wir stehen also nicht vor der Alternative eines machtvollen, mit supranationaler Sanktionsgewalt ausgestatteten Weltstaates einerseits und eines Hobbeschen Naturzustandes zynisch ihre Interessen kalkulierender Nationalstaaten, die potentiell jederzeit Gewalt anzuwenden bereits sind, wenn es ihrem Vorteil entspricht, andererseits. Vielmehr können wir darauf setzen, dass unter günstigen Bedingungen, zu denen eine kluge Außenpolitik und zu denen vor allem eine wohlinformierte demokratische Öffentlichkeit gehört, der Weltfriede durch Demokratisierung gesichert werden kann.

Der demokratische Friede bedarf der Stabilisierung durch Strukturen einer globalen Zivilgesellschaft wie sie heute, über zweihundert Jahre nach Kant, durchaus erkennbar sind (etwa im Wirken von NGOs, in der Existenz einer medial, speziell über das Internet vermittelten, Weltöffentlichkeit, vor allem aber in der Vielfalt von transnationalen Begegnungen zwischen Menschen). Er bedarf institutioneller Absicherungen, etwa in Gestalt einer internationalen Gerichtsbarkeit und einer globalen Verständigung auf internationale Rechte von Individuen und Kollektiven sowie staatlicher Pflichten angesichts dieser Rechte. Vor allem bedarf er einer demokratischen Kontrolle außenpolitischen Handelns durch Transparenz, rationalen Austausch von Argumenten und Rechenschaftspflicht. Wenn die außenpolitischen Strategien zur Geheimpolitik mutieren und öffentlich vorgebrachte Argumente, wie im Falle des zweiten Irakkrieges, mehr oder weniger kunstvolle Lügengebäude sind, dann kann auch die demokratische Staatsverfassung der Konfliktbeteiligten den Frieden nicht sichern. Populismus und Ideologisierung zerstören die normativen Fundamente der Demokratie (selbst wenn diese formal fortbesteht) und brechen ihre zivilisierende Kraft.

Der aktuelle Ukraine-Diskurs im Westen und im Osten zeigt alle Züge einer ideologierter Außenpolitik und wird daher selbst zunehmend zur Kriegsgefahr, auch wenn das konkrete Wirken der Bundesregierung erkennbar auf Deeskalation setzt: Das Klischee der zaristischen Expansion (Sammeln russischer Erde), die Entgegensetzung „moderner“, an

Menschenrechten und Freiheit orientierten Außenpolitik des Westens und russischer Politik der Territorialgewinne und des Nationalstolzes aus dem 19. Jahrhundert auf der einen, die Dämonisierung der Europa-orientierten Kräfte als Faschisten auf der anderen Seite etc.

III.

In der Ukraine-Krise stehen sich mit der Ukraine und Russland junge und fragile Staaten mit oligarchischen Eliten und autokratisch agierenden Staatschefs gegenüber, nicht zwei vollentwickelte, rechtsstaatlich verfasste, institutionell stabile und von einem zivilgesellschaftlichen Ethos getragene Demokratien gegenüber. Wer meint, die Ukraine sei spätestens nach dem Sturz Janukowitschs demokratisch geworden, wurde in aller Deutlichkeit eines Besseren belehrt, als die neue Regierung sich dazu entschied, örtliche Oligarchen, die es in diesem bitterarmen Land zu Milliardären gebracht haben, zugleich zu Provinz-Gouverneuren zu ernennen. Schon das Zustandekommen der neuen Regierung hätte stutzig machen sollen, denn der plötzliche Meinungsschwenk beruhte ganz offenkundig darauf, dass jene Abgeordneten, die auf der Payrole einzelner Oligarchen standen, von diesen angewiesen worden waren, nun für den Sturz Janukowitschs und für eine neue Regierung zu votieren. Maidan war kein Aufstand des ukrainischen Volkes und der Regierungswechsel nicht das Ergebnis öffentlicher Meinungsbildung in der Ukraine.

Ähnliches gilt für das Russland Putins: Auch hier fehlt, bei günstigeren sozio-ökonomischen Bedingungen, die zivilgesellschaftliche Basis und das Präsidialsystem hat unter Putin zunehmend autokratische Züge angenommen. Auf westlicher Seite stehen dem vor allem zwei Akteure gegenüber: Die USA, als Strategin aus der Ferne, die die Querelen Osteuropas immer noch durch die Brille des „gewonnenen“ Kalten Krieges beurteilt (McCain im Einklang mit den Scharfmachern der US-Medien) und eine Europäische Union, deren Außenpolitik dem kantischen Publizitätskriterium Hohn spricht.

Zu welch absurden Konsequenzen dies führt, zeigt sich besonders deutlich an der Ukraine-Krise. Es hat in der europäischen Öffentlichkeit und in den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den vergangenen Jahren zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte öffentliche Debatte darüber gegeben, ob es sinnvoll sei, der Ukraine eine Beitrittsperspektive zu eröffnen. Schon die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens war zweifellos voreilig. Die innere Verfassung, die Entwicklung der Zivilgesellschaft, das hohe Maß an Korruption und das dramatische Wohlstandsgefälle hätten bei rationaler Betrachtung eine Aufnahme beider Länder zu diesem Zeitpunkt ausschließen müssen. Stattdessen wird von der Europäischen Kommission wieder und wieder der gleiche

Mechanismus in Gang gesetzt, an dessen Ende fast zwangsläufig die Aufnahme stehen muss. In den höheren Zirkeln der EU-Bürokratie scheint die Überzeugung ungebrochen zu sein, dass eine EU nur überleben kann, wenn sie ihren Umgriff permanent ausweitet. Die Beitrittsperspektive, zunächst zur NATO, dann zur EU zu eröffnen, war ganz unabhängig von der Rolle Russlands politisch hochgradig unverantwortlich. Der Westen trägt schon deshalb eine Mitschuld an der aktuellen Eskalation.

Wenn man aber die ukrainisch-russischen Beziehungen mitberücksichtigt, dann war und ist diese Beitrittsperspektive geradezu abenteuerlich. Ist es denn vorstellbar, dass die russische Schwarzmeerflotte auf dem Territorium eines EU-Mitgliedsstaates stationiert ist? Ist es vorstellbar, dass die überaus engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ost-Ukraine und Russland aufrechterhalten werden, obwohl die Ostgrenze der Europäischen Union zwischen diesen beiden Staaten verläuft? Man muss sich im Klaren sein, vor welche Alternative sich die EU damit manövriert hat: Nämlich entweder, die Russische Föderation konsequenterweise zumindest ebenfalls zu assoziieren, möglicherweise mit einer Beitrittsperspektive zur Europäischen Union oder, alternativ dazu, Russland eines wichtigen Marktes zu berauben, wobei unklar ist, wie die Wohlstandsverluste besonders für die Ukraine seitens der EU kompensiert werden können – nicht nur, weil es sich um gewaltige Summen handelt, sondern auch, weil dies dem EU-Wettbewerbsrecht widerspräche.

IV

Es ist das Ethos einer demokratischen Gesellschaft, das diese auch außenpolitisch friedensfähig macht. Dazu gehört die rationale Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten. Dies ist der vernünftige Kern der realistischen Einwände gegen eine allzu vordergründige Moralisierung außenpolitischen Handelns, wie wir sie von links in Gestalt eines überzogenen humanitären Interventionismus und von rechts in Gestalt eines mit militärischen Mitteln betriebenen Demokratie-Exports kennen. Die Ukraine-Krise stellt diese besondere Fähigkeit vor eine große Herausforderung. Die europäische Bürgerschaft und die nationalen Bürgerschaften in den EU-Mitgliedsstaaten sollten die europäische Außenpolitik zu ihrer Angelegenheit machen. Von ihr hängt mehr ab, als nur der Gewinn oder Verlust des einen oder anderen Absatzmarktes. Zum ersten Mal seit Langem geht es nicht nur um einen lokalen Konflikt, sondern um den Frieden in Europa als Ganzes.

1. Die Annektierung der Krim durch Russland war weder im Einklang mit der ukrainischen Verfassung noch völkerrechtskonform. Aber sie entsprach offenkundig dem Mehrheitswillen der ortsansässigen, ganz überwiegend russischsprachigen,

Bevölkerung und sie erfolgte fast ohne Blutvergießen. Es gibt keinen Grund diesen Akt zu dramatisieren.

2. Auf absehbare Sicht gehört die Ukraine nicht in die Europäische Union und erst recht nicht in die NATO. Die Europäische Union sollte nun erst mal ihre Hausaufgaben machen, die Eurokrise lösen und ihre Institutionen demokratisieren, bevor sie die nächsten Schritte der Erweiterung in Angriff nimmt.
3. Die EU und die Russische Föderation sollten der Ukraine die Chance geben sich als föderaler Staat zu stabilisieren und zivilgesellschaftliche Strukturen zu entwickeln. Eine inklusive nationale, demokratisch gestiftete Identität ist bis dato nicht erkennbar.
4. Russland muss auf dem Weg in die Autokratie umkehren und dem politischen und zivilgesellschaftlichen Pluralismus wieder Raum geben. Es hat die Ressourcen, eine sozio-ökonomische und kulturelle Entwicklung einzuschlagen, um als gleichberechtigter Partner der EU, aber auch der USA und Chinas, zu gelten. Die „Prunkrede“ Putins nach der Annexion der Krim in würdevollem Ambiente, die persönlichen und nationalen Kränkungen, die er – zu Recht und zu Unrecht – anprangerte, zeigen, dass dies und nicht territorialer Geländegewinn das zentrale Ziel Russlands ist. Daher reden wir besser nicht, wie Obama, herablassend davon, dass Russland ja lediglich eine Regionalmacht sei, verzichten auf die Wort- und Denkschablonen des Kalten Krieges und entwickeln eine Perspektive der Kooperation, die im Interesse aller Konfliktbeteiligter ist.
5. Sanktionen haben nur Sinn wenn sie sich gegen einzelne Übeltäter richten, die schwach genug sind, ihrerseits nicht mit Sanktionen reagieren zu können, im Falle Russland sollten wir darauf von vorneherein verzichten.
6. Die ökonomische Interdependenz der europäischen und der russischen (Energie) Wirtschaft ist hoch. Das sollten wir begrüßen und nicht abwracken, wie es nun von Trittin bis von der Leyen gefordert wird. Der Abbau von Handelsbeziehungen und die Auflösung supra-nationaler Institutionen waren allzu oft in der europäischen Geschichte das Vorspiel zum Krieg.